



Der Schweizerische Verband der Sozialversicherungs-Fachleute  
La Fédération suisse des employés en assurances sociales  
La Federazione svizzera degli impiegati delle assicurazioni sociali

# Lösungsvorschlag

## Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2023

### Prüfungsteil 1.2 Falldossier

<b>Kandidatennummer</b>	
<b>Zweig</b>	AHV
<b>Dauer</b>	90 Minuten
<b>Falldossier</b>	Nr. 1
	Gastro AG, massgebender Lohn und Organhaftung
<b>Beilagen</b>	Keine
<b>Anzahl Seiten</b>	11

---

## Falldossier: Gastro AG, massgebender Lohn und Organhaftung

---

### Sachverhalt

Die Gastro AG mit Sitz in Thalwil wurde im Jahre 2012 gegründet. Sie betrieb in der Region Zürich verschiedene Restaurants und einen eigenständigen Cateringservice.

Am 1. Juli 2016 stellte sie Karl Kerner (geboren am 12. Februar 1961) als Gesamtleiter der Abteilung «Restaurants» ein. Es wurde vereinbart, dass er nach Ablauf von 3 Jahren Vertragsdauer (am 1. Juli 2019) 500 Aktien der Gastro AG zu einem Kaufpreis von CHF 175.- je Aktie erwerben könne. Die Bezugsfrist beträgt 30 Tage. Von diesem Angebot machte Karl Kerner am 15. Juli 2019 Gebrauch. Seine Aktien verkaufte er am 12. August 2019 und am 25. März 2020 zu CHF 230.- resp. CHF 140.- pro Aktie.

Börsenschlusskurse der Aktie:

am 1. Juli 2016	CHF	330.-
am 1. Juli 2019	CHF	265.-
am 15. Juli 2019	CHF	250.-

Wegen der Pandemie schloss die Gastro AG per 31. Juli 2020 ihre Restaurants. Den Cateringservice führte sie weiter. In der Folge wurden per 31. Juli 2020 mehrere Arbeitsverhältnisse aufgelöst. Auch Karl Kerner wurde entlassen. Gemäss Sozialplan hatte er Anspruch auf eine einmalige Abfindung von CHF 133'000.- und bis zur Vollendung des 65. Altersjahrs auf eine Rente von CHF 48'000.- pro Jahr. Die Abfindung und die erste Rentenzahlung erfolgten am 1. November 2020. Vom 1. Januar 2020 bis 31. Juli 2020 bezog Karl Kerner einen beitragspflichtigen Lohn von insgesamt CHF 75'400.-.

Karl Kerner wurde per 1. Januar 2022 in den Verwaltungsrat der Gastro AG gewählt. Nachdem die Restrukturierung nicht den erhofften Erfolg brachte, wurde am 13. September 2022 über die Gastro AG der Konkurs eröffnet und am 24. Januar 2023 mangels Aktiven eingestellt.

Gemäss Konkurseingabe schuldet die Gastro AG der Ausgleichskasse die folgenden Beiträge:

Zeitraum	Beiträge	Kosten (Mahngebühren, Betreibungs-Spesen, Verzugszinsen)
01.01.2018 – 31.12.2018	CHF 34'700.-	CHF 1'180.-
01.01.2019 – 31.12.2019	CHF 36'800.-	CHF 1'420.-
01.01.2020 – 31.12.2020	CHF 28'300.-	CHF 1'070.-
01.01.2021 – 31.12.2021	CHF 13'200.-	CHF 950.-
01.01.2022 – 13.09.2022	CHF 10'400.-	CHF 1'630.- <sup>1</sup>

<sup>1</sup>Darin enthalten sind Verzugszinsen für die Zeit von der Konkurseröffnung bis zum 6. März 2023 (Datum der Schadenersatzverfügung).

Die Forderungen der Jahre 2018 und 2019 waren bereits Gegenstand eines Schadenersatzverfahrens. Das entsprechende Inkassoverfahren blieb allerdings erfolglos und die Forderungen mussten abgeschrieben werden.

Mit Verfügung vom 6. März 2023 forderte die Ausgleichskasse von Karl Kerner und zwei weiteren ehemaligen Mitgliedern des Verwaltungsrats Schadenersatz, wobei sie jeweils sämtliche ausstehende Beiträge und Kosten der Jahre 2018 bis 2022 einforderte. Ob im Verwaltungsrat der Gastro AG noch weitere Mitglieder Einsitz hatten, geht aus den Akten nicht hervor.

Gegen die Verfügung vom 6. März 2023 erhob Karl Kerner Einsprache. Er beantragte die Aufhebung der Verfügung vom 6. März 2023. Begründend führte er aus, er könne für die vor dem 1. Januar 2022 entstandenen Forderungen nicht haftbar gemacht werden, da er keinen Einfluss auf die Zahlung der Beiträge gehabt habe. Die Schadenersatzforderung für das Jahr 2018 sei ohnehin verjährt.

---

## **Beilagen**

Keine

---

## Aufgaben

**Lesen Sie zunächst alle Aufgaben und die untenstehenden «Erwartungen» und «Beurteilung» durch, damit Sie wissen, in welcher Phase welche Antworten erwartet werden und wie viel Zeit Sie dafür einsetzen wollen und können.**

1. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar (15 Punkte).

Dies umfasst:

- Bezeichnung der grundsätzlich betroffenen Gebiete aus dem Beitragsbereich (8 Punkte).
- Bezeichnung der Informationsquellen, die voraussichtlich benötigt werden (Gesetz, Verordnung, Wegleitungen, Rechtsprechung usw.) (7 Punkte).

2. Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen aus dem Beitragsbereich, die in diesem Fall bestehen (15 Punkte).

Dies umfasst:

- Fragestellungen (Beitragspflicht, Berechnung der Beiträge, Schadenersatz) in Bezug auf die
  - Mitarbeiteroption (3 Punkte);
  - Abgangsentschädigung (4 Punkte);
  - Organhaftung (8 Punkte).

3. Ziehen Sie die Schlussfolgerungen aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen und setzen Sie diese in die Praxis um (15 Punkte).

Dies umfasst:

- Entscheiden Sie, für welchen der geschilderten Geschäftsvorfälle Sie grundsätzlich eine Beitragspflicht sehen und für welche nicht. Begründen Sie Ihre Entscheide stichwortartig und nachvollziehbar (1 Punkt).
- Berechnen Sie die AHV/IV/EO- und ALV-Beiträge (ohne Verwaltungskostenbeiträge und ohne Verzugszinsen), welche die Gastro AG schuldet. Stellen Sie die Berechnungen nachvollziehbar dar. Falls Sie für die Berechnung der Beiträge noch weitere Informationen benötigen, müssen Sie eigene Annahmen treffen. Diese dürfen der Beschreibung der Ausgangslage (Einführung in den Fall) nicht widersprechen (12 Punkte).
- Zeigen Sie die Verbuchung der von Ihnen ermittelten massgebenden Löhne im Individuellen Konto auf (Zeitspanne und Betrag) (2 Punkte).

4. Beschaffen Sie alle noch ausstehenden Informationen. Beschreiben Sie, woher Sie welche Informationen gewinnen und legen Sie diese nachvollziehbar dar (15 Punkte).

Dies umfasst:

- Prüfen Sie, ob Sie alle Informationen haben, welche Sie für die Geltendmachung der Schadenersatzforderung in Bezug auf die haftbaren Organe (6 Punkte) und die Höhe des Schadens (6 Punkte) benötigen. Dabei gehen Sie so vor, dass Sie den Fall abschliessend lösen können. Falls Sie dafür weitere Informationen benötigen, treffen Sie entsprechende eigene Annahmen, legen Sie diese nachvollziehbar dar und beschreiben Sie Ihre Informationsquellen (3 Punkte). Ihre Annahmen dürfen der Beschreibung der Ausgangslage (Einführung in den Fall) aber nicht widersprechen.

5. Treffen Sie Entscheide, beschreiben Sie diese nachvollziehbar und erläutern Sie die Gründe für Ihre Entscheide (15 Punkte).

Dies umfasst:

- Entscheiden Sie, ob (4 Punkte) und wenn ja in welchem Umfang (8 Punkte) Sie Karl Kerner und/oder andere Personen für den entstandenen Schaden haftbar machen. Falls notwendige Informationen in der Einführung in den Fall nicht enthalten sind, müssen Sie eigene Annahmen treffen und diese nachvollziehbar darlegen (3 Punkte). Ihre Annahmen dürfen der Beschreibung der Ausgangslage (Einführung in den Fall) aber nicht widersprechen.

6. Zeigen Sie auf, wie Sie planen, Ihren Entscheid zu kommunizieren. Wen informieren Sie wann und wie? (15 Punkte)?

Dies umfasst:

- Skizzieren Sie Ihren Einspracheentscheid stichwortartig und nachvollziehbar (9 Punkte). Zitieren Sie mindestens einen Bundesgerichtsentscheid, der Ihren Einspracheentscheid oder Teile davon stützt (1 Punkt). Berücksichtigen Sie dabei die von Ihnen allenfalls getroffenen eigenen Annahmen (Punkt 5.).
- Legen Sie dar, wen Sie ausser Karl Kerner wie informieren (5 Punkte).

---

## **Erwartungen**

Bearbeiten Sie die oben angeführten Aufträge der Reihe nach. Stellen Sie Ihre Ergebnisse schriftlich dar (Seiten nur einseitig beschriften). Achten Sie darauf, dass Ihre Ausführungen für Dritte nachvollziehbar sind und Sie Ihre Aussagen hinreichend begründen. Als Richtgrösse werden 5-10 Seiten A4 erwartet, der effektive Umfang Ihrer Arbeit wird nicht bewertet. Beschriften Sie jede Seite oben rechts mit Ihrem Namen und Ihrer Kandidatennummer.

Für die Bearbeitung des Falldossiers stehen Ihnen 90 Minuten zur Verfügung.

---

## **Hinweis**

Für die Recherche steht Ihnen während der Prüfung der Online-Zugriff ins Internet zur Verfügung.

---

## Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgenden Leitfragen bewertet:

- Nimmt der/die Kandidat/in eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor und stellt er/sie die Ergebnisse nachvollziehbar dar?
- Beschreibt der/die Kandidat/in die zentralen Fragestellungen bzw. Herausforderungen?
- Zieht der/die Kandidat/in angemessene erste Schlussfolgerungen in Bezug auf das weitere Vorgehen?
- Beschafft der/die Kandidat/in alle erforderlichen Informationen und fasst er/sie diese nachvollziehbar zusammen?
- Trifft der/die Kandidat/in einen geeigneten Entscheid und argumentiert er/sie den Entscheid nachvollziehbar und fachlich korrekt?
- Kommuniziert der/die Kandidat/in den Entscheid korrekt und für die Zielgruppe angemessen?

---

## Punkte

max. 90 Punkte

**1. Nehmen Sie eine ganzheitliche Analyse der Ausgangslage vor. Stellen Sie Ihre Ergebnisse auf strukturierte und nachvollziehbare Weise dar. (15)**

Grundsätzlich betroffene Gebiete aus dem Beitragsbereich:

- Berechnung des massgebenden Lohns und der Lohnbeiträge in Spezialfällen (Mitarbeiteroptionen und Abgangsentschädigungen). (2)
- Abrechnung der Beiträge nach dem Bestimmungs- bzw. Realisierungsprinzip. (2)
- Verbuchung auf dem individuellen Konto. (2)
- Organhaftung. (2)

Informationsquellen:

- AHVG/AHV (1)
- Wegleitung über den massgebenden Lohn (WML); (1)
- Wegleitung über den Bezug der Beiträge (WBB); (1)
- Wegleitung über Versicherungsausweis und Individuelles Konto (WL VA/IK); (1)
- Kreisschreiben über die Beiträge an die obligatorische Arbeitslosenversicherung (KALV); (1)
- Rechtsprechung zu den relevanten Randziffern der Weisungen und Kreisschreiben. (2)
- Beitragssätze AHV/IV/EO und ALV ab 2019;

**Korrekturhinweis:**

blau: nicht zwingend

**2. Beschreiben Sie die zentralen Fragestellungen aus dem Beitragsbereich, die in diesem Fall bestehen. (15)**

Vergütungen an Karl Kerner:

- Mitarbeiteroption:      Massgebender Börsenkurs für die Beitragsberechnung. (2)  
                                    Basis für die ALV-Beiträge. (½)  
                                    IK-Verbuchung. (½)
- Abgangsentschädigung:    Voraussetzungen für die Anwendung von Art. 8<sup>ter</sup> AHVV. (1)  
                                    Umrechnung der Renten in Kapital. (1)  
                                    Bestimmen des Freibetrags. (1)  
                                    Basis für die ALV-Beiträge. (½)  
                                    IK-Verbuchung. (½)

Organhaftung

- Beurteilung der Haftung von Karl Kerner; (2)
- Beurteilung, ob andere Organe zu belangen sind; (2)
- Berechnung des Umfangs der Schadenersatzforderung; (2)
- Adressaten und Elemente des Einspracheentscheids. (2)

**3. Ziehen Sie die Schlussfolgerungen aus den bisher gewonnenen Erkenntnissen und setzen Sie diese in die Praxis um. (15)**

**Entscheiden Sie, für welchen der geschilderten Geschäftsvorfälle Sie grundsätzlich eine Beitragspflicht sehen und für welche nicht. Begründen Sie Ihre Entscheide stichwortartig und nachvollziehbar.**

**Berechnen Sie die AHV/IV/EO- und ALV-Beiträge (ohne Verwaltungskostenbeiträge und ohne Verzugszinsen), welche die Gastro AG schuldet. Stellen Sie die Berechnungen nachvollziehbar dar. Falls Sie für die Berechnung der Beiträge noch weitere Informationen benötigen, müssen Sie eigene Annahmen treffen. Diese dürfen der Beschreibung der Ausgangslage (Einführung in den Fall) nicht widersprechen.**

**Zeigen Sie die Verbuchung der von Ihnen ermittelten massgebenden Löhne im Individuellen Konto auf (Zeitspanne und Betrag).**

Grundsätzliche Beitragspflicht:

Sowohl auf der Mitarbeiteroption wie auf der Abgangsentschädigung besteht grundsätzlich Beitragspflicht. (1)

Mitarbeiteroption:

Börsen-Schlusskurs am 1. Tag des Bezugsrechts (1.7.2019) = CHF 265.00	CHF 132'500.00	(1)
Abgabepreis CHF 175.00	<u>CHF 87'500.00</u>	
Massgebender Lohn	<u>CHF 45'000.00</u>	(1)
10,25% AHV/IV/EO-Beiträge (Beitragssätze 2019)	CHF 4'612.50	(1)
1% ALV von CHF 45'000.00	<u>CHF 450.00</u>	* (1)
	<u>CHF 5'062.50</u>	

IK-Verbuchung:

66-66.2019 CHF 45'000.00 (1)



Abgangsentschädigung gemäss Sozialplan:

Gewichtung gemäss Alter:

Berechnung:  $(5,5 - 4,7) \times (7 : 12) + 4,7 = 5,17$  (1)

Gewichtung gemäss Dauer der Rentenausrichtung:

Berechnung:  $64 : 67 = 0,9552$  (1)

Gewichteter Umwandlungsfaktor:

Berechnung:  $5,17 \times 0,9552 = 4,9383$  (1)

Berechnung des massgebenden Lohnes:

Jahresrente 48'000.- x 4,9383	CHF	237'038.00
Kapitalauszahlung	CHF	133'000.00 (1)
	CHF	370'038.00
./. Freibetrag (4,5 x 28'440.-)	CHF	127'980.00 (1)
Massgebender Lohn	<b>CHF</b>	<b>242'058.00</b>
10,55% AHV/IV/EO-Beiträge (Beitragssatz 2020)	CHF	25'537.10 (1)
2,2% ALV-Beiträge von CHF 11'050.- <sup>1</sup>	CHF	243.10 (1)
1% ALV-Beiträge von CHF 231'008.-	CHF	2'310.10 (1)
	CHF	28'090.30
<sup>1</sup> Berechnung ALV 2,2%: Beitragspflichtig 7 Monate à CHF 12'350.00	CHF	86'450.00
./. bereits abgerechnet	CHF	75'400.00
Noch abzurechnen zu 2,2%	CHF	11'050.00

IK-Verbuchung:

66-66.2020 CHF 242'058.00 (1)

Korrekturhinweis:

Kleine Abweichungen wegen Rundungen sind möglich.

**4. Beschaffen Sie alle noch ausstehenden Informationen. Beschreiben Sie, woher Sie welche Informationen gewinnen und legen Sie diese nachvollziehbar dar. (15)**

**Dies umfasst:**

- Prüfen Sie, ob Sie alle Informationen haben, welche Sie für die Geltendmachung der Schadenersatzforderung benötigen. Dabei gehen Sie so vor, dass Sie den Fall abschliessend lösen können. Falls Sie dafür weitere Informationen benötigen, treffen Sie entsprechende eigene Annahmen und legen Sie diese nachvollziehbar dar. Ihre Annahmen dürfen der Beschreibung der Ausgangslage (Einführung in den Fall) aber nicht widersprechen.

Folgende Informationen müssen noch beschafft werden:

In Bezug auf die haftbaren Organe: Gibt es noch weitere Mitglieder des Verwaltungsrats, welche für die Schadenersatzforderung haftbar gemacht werden können (3) und wenn ja, in welchem Umfang (3). Ausserdem ist zu prüfen, wie es mit deren Solvenz aussieht (3). Quellen sind das Handelsregister und das Betreibungsamt (2).

In Bezug auf die Höhe der Schadenersatzforderung: Die Höhe der Verzugszinsen für die Zeit von der Konkurseröffnung bis zur Verfügung der Schadenersatzforderung (3). Quelle ist die Buchhaltung (1).

**5. Treffen Sie Entscheide, beschreiben Sie diese nachvollziehbar und erläutern Sie die Gründe für Ihre Entscheide. (15)**

**Dies umfasst:**

- Entscheiden Sie, ob und wenn ja, in welchem Umfang Sie Karl Kerner und/oder andere Personen für den entstandenen Schaden haftbar machen. Falls notwendige Informationen in der Einführung in den Fall nicht enthalten sind, müssen Sie eigene Annahmen treffen und diese nachvollziehbar darlegen. Ihre Annahmen dürfen der Beschreibung der Ausgangslage (Einführung in den Fall) aber nicht widersprechen.

Grundsätzlich sind Karl Kerner und die anderen Mitglieder des Verwaltungsrats für den entstandenen Schaden haftbar. (4)

Karl Kerner haftet für die Beiträge und Kosten der Jahre 2020 – 2022. (5)

Nicht Gegenstand der Schadenersatzforderung sind die Verzugszinsen für die Zeit nach der Konkurseröffnung, dafür fehlt die gesetzliche Grundlage. (3)

Der vorliegende Lösungsvorschlag geht davon aus, dass für die anderen Verwaltungsräte Zeitraum und Umfang der Haftung denjenigen von Karl Kerner entsprechen. (3)

**6. Zeigen Sie auf, wie Sie planen, Ihren Entscheid zu kommunizieren. Wer sollte wie wann informiert werden? (15)**

**Dies umfasst:**

- **Skizzieren Sie Ihren Einspracheentscheid stichwortartig und nachvollziehbar. Zitieren Sie mindestens einen Bundesgerichtsentscheid, der Ihren Einspracheentscheid oder Teile davon stützt. Berücksichtigen Sie dabei die von Ihnen allenfalls getroffenen eigenen Annahmen (Punkt 5).**
- **Legen Sie dar, wen Sie ausser Karl Kerner wie informieren.**

Skizze des Einspracheentscheids:

- Die Einsprache muss teilweise gutgeheissen werden; (2)
- Die Forderung muss um die Beiträge der Jahre 2018 und 2019 reduziert werden, weil diese Beiträge bereits Gegenstand einer Schadenersatzklage (vor dem Eintritt von Karl Kerner in den Verwaltungsrat) waren;<sup>1</sup> (3)
- Die Verzugszinsen von der Konkursöffnung bis zur Schadenersatzverfügung müssen storniert werden, weil dafür die gesetzliche Grundlage fehlt;<sup>2</sup> (2)
- An der Haftung für die Beiträge und Kosten der Jahre 2020 – 2022 halten wir aufgrund der konstanten Rechtsprechung des Bundesgerichts fest.<sup>3</sup> (2)

Rechtsprechung: (1)

<sup>1</sup>BGE 19. Juni 2020, 9C\_538/2019

<sup>2</sup>BGE 24. Februar 1993, AHI 1993, Seite 117

<sup>3</sup>BGE 25. März 1992, ZAK 1992, Seite 249

Korrekturhinweis: Es genügt ein zitierter BGE

Wer soll ausserdem informiert werden?

Auf jeden Fall müssen die beiden Verwaltungsräte informiert werden, welche die gleichlautende Schadenersatzverfügung am 6. März 2023 erhalten haben. (3)

Falls aufgrund der eigenen Annahmen weitere Verwaltungsräte haftbar gemacht werden, muss Ihnen die (korrigierte) Schadenersatzforderung eröffnet werden. (2)